IHK Industrie- und Handelskammer Reutlingen
Reutlingen | Tübingen | Zollernalb

Zusammenfassung der Beschlüsse

der 3. Sitzung der Vollversammlung der IHK Reutlingen (Wahlperiode 2025 - 2030)

am Montag, den 27. April 2026

TOP 1
Begrüßung, Formalia und Beschlüsse

Verabschiedung des Protokolls vom 17. Dezember 2025	Das Protokoll der Vollversammlungssitzung vom 17. Dezember 2025 wird einstimmig und ohne Enthaltung genehmigt.
Beschluss zur Übertragung von Zuständigkeiten im Bereich Gefahrgut von der IHK Hochrhein-Bodensee auf die IHK Reutlingen	Die Vollversammlung beschließt einstimmig und ohne Enthaltungen die Beschlussfassung zur Aufgabenübertragung gemäß beiliegender Vereinbarung.
Benennung in das IHK-Gremium Tübingen	Die Vollversammlung benennt einstimmig und ohne Enthaltung Herrn Reiner Gekeler für das IHK-Gremium Tübingen.
Nachberufungen in den IHK-Dienstleistungs-ausschuss und den IHK-Handelsausschuss	Die Vollversammlung der IHK Reutlingen beschließt einstimmig und ohne Enthaltung • Mathias Bliss, Creditreform Karlsruhe-Reutlingen Bliss GmbH & Co. KG, Reutlingen • Ina Lotze, EBZ Ammerbuch GmbH, Ammerbuch • Sascha Patka, DATAGROUP Stuttgart GmbH, Pliezhausen in den Dienstleistungsausschuss zu berufen. Die Vollversammlung der IHK Reutlingen beschließt einstimmig und ohne Enthaltung • Winfried Rauser, Blanda Beauty, Reutlingen • Mike Herbig, Möbel Rogg Balingen GmbH & Co. KG, Balingen in den Handelsausschuss zu berufen.

Beschluss über DIHK-Position „Klimaschutz effizient und wirksam gestalten“	Die Vollversammlung beschließt einstimmig und ohne Enthaltungen das DIHK-Papier „Klimaschutz effizient und wirksam gestalten“.
TOP 3 **Herausforderungen und Aufgaben für die neue Landesregierung**	
Verabschiedung einer Resolution der IHK-Vollversammlung zur Landespolitik in Baden-Württemberg	Die Vollversammlung beschließt einstimmig und ohne Enthaltung folgende Resolution: Die Vollversammlung der IHK Reutlingen fordert die künftige Landesregierung auf, die im Sondierungspapier von Grünen und CDU angekündigte Priorität für Wirtschaft, Wachstum und Arbeitsplätze konsequent im Koalitionsvertrag zu verankern und in der kommenden Legislaturperiode entschlossen umzusetzen. Dazu zählen Bürokratierückbau, umfassende Verwaltungsdigitalisierung, Stärkung von Innovation und Bildung, Ausbau der Verkehrsinfrastruktur sowie Ertüchtigung der Energienetze. Gerade in Zeiten wirtschaftlicher Schwäche, tiefgreifender Transformation und zunehmenden geopolitischen Herausforderungen kann sich Baden-Württemberg politisches Zaudern und ideologisch begründete Blockaden nicht leisten. Jetzt ist der Zeitpunkt für Mut, ein hohes Maß an Verlässlichkeit und eine Politik, die Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit in den Mittelpunkt rückt, damit Baden-Württemberg wieder auf die Überholspur zurückkehrt.
TOP 4 **Reformagenda der Bundesregierung und Regierungskoalition**	
Verabschiedung einer Resolution der IHK-Vollversammlung zur Bundespolitik	Die Vollversammlung beschließt einstimmig und ohne Enthaltung folgende Resolution: Deutschland braucht in der aktuellen Krise eine handlungsfähige und stabile Regierung, die Reformen für wirtschaftliches Wachstum zügig und entschlossen umsetzt. Das gelingt nur mit niedrigeren Kosten für Unternehmen, nicht mit neuen Belastungen. Die Vollversammlung der IHK Reutlingen fordert von der Bundesregierung und den Regierungsparteien im Bund sofort wirksame Maßnahmen zur Entlastung der nationalen Wirtschaft. Dazu gehören: • eine spürbare Senkung der Stromsteuer für alle Unternehmen,

	• der rasche Abbau bürokratischer Belastungen, etwa durch die Digitalisierung der Verwaltungsprozesse und den Abbau von Berichtspflichten und (Bau-) Vorgaben • Reformen zur Senkung von Arbeitskosten und der Steuerlast für Unternehmen Eine Erhöhung der Mehrwertsteuer lehnt die Vollversammlung entschieden ab, da sie Inflation, Kaufzurückhaltung und Investitionshemmnisse verstärken würde. Zudem müssen die Lohnzusatzkosten, insbesondere bei der gesetzlichen Krankenversicherung, durch strukturelle Reformen dauerhaft begrenzt werden. Finanzielle Spielräume lassen sich durch Reformen bei den stark gewachsenen Staats- und Sozialausgaben schaffen. Hier erwartet die regionale Wirtschaft in den kommenden Wochen und Monaten deutlich mehr Klarheit, Mut und entschlossenes Handeln. Nur so kann das schleichende Verschwinden kleiner und mittlerer Unternehmen und die industrielle Abwanderung ins Ausland gestoppt werden.